

je zur Hälfte von Japan und China getragen werden.

Der Vertrag wird ein "risk compensation pattern" beinhalten, was bedeutet, daß Japan nur in dem Fall seine Investitionen zurückerhalten kann bzw. einen Teil der Ölförderung erhält, wenn die Ölprospektierung erfolgreich ist.

Nach einer Erschließungsphase von 4 - 5 Jahren wird ca. 1985 mit der Aufnahme der Förderung gerechnet. Die Jahresfördermenge wird wahrscheinlich 50.000 - 100.000 barrel betragen. Dem japanischen Partner sollen 50% der Fördermenge als quasi "production sharing" zustehen.

Auf japanischer Seite wird der Teilhaber dieses Joint Venture - oder in anderer Lesart "Kompensationsgeschäfts" - eine neu zu gründende Gesellschaft sein. Die staatliche Japan National Oil Corp. wird 70% des Kapitals dieser Gesellschaft übernehmen, den Rest private Ölfirmen. (JEJ, 11.12.79; FEER, 16.11.79; NfA, 10.12.79)

(42) Japanisches Farbfernseh-Montagewerk in Peking

Matsushita Electric Industrial Co. wird in Peking ein Montagewerk für Farbfernsehgeräte bauen. Das Werk soll bei Fertigstellung Ende 1980 jährlich 150.000 Geräte herstellen. Das Projekt wird ca. 1 Mrd. Yen kosten, aber in US-Dollar als Barzahlungsgeschäft abgewickelt werden.

Ein Farbfernseh-Montagewerk mit gleicher Produktionskapazität wird außerdem die japanische Firma "Victor" liefern. Dieses Werk soll in Tianjin errichtet werden. Der Umfang des Geschäfts liegt bei 1 bis 2 Mrd. Yen und soll gleichfalls auf US\$-Basis laufen. "Japan Victor Co." gehört zur Matsushita Electric-Gruppe.

Vorerst werden die Bildröhren und andere Teile aus Japan angeliefert.

Die chinesische Fernsehproduktion ist im Jahr 1979 auf 1 Mio. Geräte geplant, wovon jedoch nur 50.000 Farbgeräte sind.

Im Sommer 1979 hatten Hitachi Ltd. und Toshiba Corp. einen chinesischen Auftrag zur Herstellung von Farbbildröhren in China erhalten. (JEJ, 11. und 18.12.79)

-ga-

(43) China - größter Baumwollkäufer in den USA

Die Volksrepublik China ist der größte Einzelkunde für Baumwolle aus den USA geworden. Bis Anfang Dezember hat China in diesem Erntejahr (d.h. ab 1. August) 1,7 Millionen Ballen US-

Baumwolle gekauft, das sind 25% aller US-Baumwollexporte. Nach Meinung von Fachleuten könnten die chinesischen Käufe in diesem Erntezeitraum 2 Millionen Ballen erreichen. Das wäre dreimal so viel wie im Zeitraum 1978/79.

Von chinesischer Seite wurde die Erwartung ausgedrückt, daß die steigenden Baumwollkäufe dem Land im Gegenzug auch einen größeren Anteil am amerikanischen Textilbekleidungsmarkt einbringen könnte. Von amerikanischer Seite wird aber versucht, jede Koppelung zu umgehen.

Grund für die chinesischen Käufe sind in der wachsenden Bedeutung der Textilindustrie zu sehen, die das Land diesem Wirtschaftszweig sowohl für die Versorgung der eigenen Bevölkerung als auch für den Export zuordnet (AWSJ, 5.9.79).

-ga-

WIRTSCHAFT

(44) Chinesische Volksversicherungs-Gesellschaft nimmt Geschäfte wieder auf

Die chinesische Volksversicherungsgesellschaft hat wieder ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Sie führt Versicherungen gegen Eigentumsbeschädigung und Transportrisiken für innerchinesische Einheiten durch, die ganze Anlagen importieren, mit ausländischen Firmen Gemeinschaftsunternehmen gründen, Devisendarlehen in Anspruch nehmen, Kompensationsgeschäfte betreiben oder Verarbeitungsaufträge importierter Rohmaterialien übernommen haben. Damit soll sichergestellt werden, daß bei Schadensfällen diese Einheiten ihre Entschädigungszahlungen in Devisen erhalten.

Auf einer nationalen Versammlung über Versicherungsfragen wurde beschlossen, daß die Versicherungsgesellschaft 1980 Schritt für Schritt auch andere Gebiete inländischer Versicherungstätigkeit wiederaufnehmen wird, die in den letzten zwanzig Jahren nicht abgedeckt worden sind. In erster Linie wird es dabei um Versicherungen für Unternehmen und Transporte gehen. Es ist aber auch vorgesehen, Haushaltseigentumsversicherungen wieder anzubieten.

1958 hatte die Gesellschaft das Versicherungsgeschäft weitgehend eingestellt. Eine Ausnahme hatten lediglich gewisse Versicherungsaktivitäten im Ausland gebildet. Damals hatte das Argument gelaute, daß die Versicherungstätigkeit bedeutungslos geworden sei, da nach Gründung der Volkskommune die Versorgung des Volkes gänzlich durch den Staat gewährleistet sei.

Auf der Konferenz wurde demgegenüber allerdings betont, daß es dem Staat nicht möglich sei, für alle Verluste von Unternehmen und Privatperso-

nen aufzukommen, die aufgrund einzelner Schadensfälle entstanden seien. Deshalb sei es absolut nötig, einen Reservefonds zu akkumulieren, aus dem dann diese Zahlungen bei Unfällen und Naturkatastrophen zu leisten seien (XNA, 2.12.79, zit. nach SWB, 7.12.79).

-ga-

(45) Direktverkauf leicht-industrieller Erzeugnisse

Pekinger Leichtindustrie-Abteilungen haben sechs direkte Verkaufsstellen für ihre Produkte eröffnet. Sie umgehen auf diese Weise den Vertrieb durch die Handelsabteilungen. Der auf diese Weise erzielte direkte Zugang zum Konsumenten umfaßt Produkte wie Wolltextilien, Armband- und andere Uhren, Spirituosen, Möbel, Plastikerzeugnisse und Souvenirs. In näherer Zukunft sollen weitere elf Läden Baumwolltextilien, Süßwaren, Konfektionsartikel, Kosmetika, Emaillewaren und weitere Güter des täglichen Bedarfs direkt verkaufen.

Mit den kürzeren Absatzwegen erhoffen sich die Initiatoren eine größere Verbrauchernähe, vor allem bessere Informationen über aktuelle Marktbedürfnisse für die von ihnen angebotenen Erzeugnisse.

Schon im September 1979 hatte das Pekinger Metallwarenwerk Läden für seine Produkte eröffnet und ihre Marktchancen getestet. Dabei hatten sich einige Waren als unverkäuflich herausgestellt, bei anderen dagegen war die Nachfrage hoch, wie z.B. bei zusammenklappbaren Lehnstühlen und Betten. Die Fabrik hatte entsprechend die Herstellung dieser Produkte erhöht.

Liu Jiwan, der bei der Pekinger Städtischen Wirtschaftskommission für die leichtindustrielle Produktion verantwortlich ist, erklärte gegenüber der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua: "Es bedeutet keine Schwächung der sozialistischen Planung, wenn man die regulierende Rolle des Marktes verstärkt. Ganz im Gegenteil. Wenn Fabriken ihre eigenen Verkaufsläden haben, so ist das eine neue Methode, die wir hier in Peking anwenden, um Marktchancen zu testen. Wir werden dies sorgfältig untersuchen und es auch in Zukunft anwenden."

Viele Unternehmen, die schlecht geführt worden waren, haben ihre Fehler korrigiert und erreichen durch diesen Wettbewerb gute Fortschritte. Einige Unternehmen, die für ihre Produkte keine Abnehmer finden können, werden anfangen müssen, solche Erzeugnisse herzustellen, die vom Markt benötigt werden." (XNA, 3.12.79).

-ga-

(46) Zum Preisverhältnis von industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Neue Argumente bei der laufenden Diskussion über die Erhöhung der Erzeuger- und Verbraucherpreise für landwirtschaftliche Produkte lieferte das Staatliche Warenpreisbüro.

Es gab bekannt, daß die staatlichen Ankaufpreise für Agrarerzeugnisse im Zeitraum von 1950 bis 1979 um 130% gestiegen, die Preise für Industrieprodukte für die Landwirtschaft (wie Landmaschinen und Kunstdünger) im gleichen Zeitraum um 48% gefallen sind. Eingeschlossen in diese Angaben sind schon die Preiserhöhungen des Jahres 1979. Die Verschiebungen der Preisstruktur hätten das gegenseitige Austauschverhältnis von Landwirtschaftserzeugnissen und Industrieprodukten im Durchschnitt auf das 2,2fache - gemessen an 1950 - erhöht.

In den vergangenen dreißig Jahren hätte die Regierung die Ankaufpreise für Agrarprodukte siebenmal erhöht, die Preise der von der Landwirtschaft benötigten industriellen Güter jedoch elfmal gesenkt. Entsprechend sei durch die Kaufkraftsteigerung des Agrarsektors der Verbrauch dieser Industrieerzeugnisse gestiegen. Besonders genannt wurden Kunstdünger, Energieverbrauch, Elektro- und Dieselpumpen und andere landwirtschaftliche Maschinen.

So sei der staatliche Getreide-Ankaufpreis im Durchschnitt von 11 Fen pro Kilo 1949 auf 25,72 Fen heute gestiegen. Der Verkaufspreis sei aber nur im Durchschnitt um 7,8 Fen gestiegen.

In der Provinz Jiangxi würde z.B. der Reis für 33,4 Fen angekauft, aber für 28,6 Fen in Shanghai verkauft. Die Differenz - einschließlich der Transportkosten - würde vom Staat subventioniert. In den Jahren 1974 bis 1978 hätte der Staat dementsprechend jährlich 4,2 Mrd. Yuan an Subventionen für Getreide und Speiseöl gezahlt, im Jahre 1979 sogar 6,8 Mrd. Yuan.

Um die Marktpreise für Zuckerrohr, Zuckerrüben und Rohbaumwolle (deren Preise ebenfalls erhöht worden waren - und zwar um 20%, 25% und 15%) stabil zu halten, hätte der Staat den Zuckerraffinerien Steuersenkungen und den Textilhändlern Subventionen gewährt.

Hingewiesen wurde allerdings auch darauf, daß der Staat natürlich ebenfalls Gewinne erzielt, wie z.B. bei Zigaretten, Spirituosen, aber auch bei Radio- und Fernsehgeräten und bei Armbanduhr (XNA, 8.12.79).

Im März 1979 waren die staatlichen Ankaufpreise für 18 Gruppen agrarischer Produkte angehoben worden, wobei die Preiserhöhungen im Landesdurchschnitt zwischen fast 20 und 50% lagen (vgl. dazu Ü 53, C.a., Oktober 1979).

Hiervon waren ab 1. November jedoch nur die höheren Preise für die Gruppe proteinreicher Nahrungsmittel wie Fleisch, Eier und Wasserprodukte an die städtischen Endverbraucher weitergegeben worden, während die beiden Gruppen der Grundnahrungsmittel (Getreide, Speiseöl), vor allem aber Gemüse, nicht teurer wurden. Entsprechend zeichnet sich bei den Verbrauchern eine Umschichtung der Nachfrage von Fleisch auf Gemüse ab, denn obwohl der Staat zum Ausgleich für die höheren Preise allen Arbeitnehmern in staatlichen Betrieben eine zusätzliche monatliche Lohnerhöhung von 5 Yuan gewährt hatte, liegen inzwischen erste Anzeichen dafür vor, daß dieser Betrag die höheren Verbraucherpreise nicht auszugleichen vermag. Mithin hätte die städtische Arbeitnehmerschaft einen realen Kaufkraftschwund hinzunehmen.

Für die chinesische Volkswirtschaft stellt sich jetzt die Aufgabe, ob die durch höhere Preise und höhere Löhne eingeleitete Tendenz zur inflationären Geldentwertung durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität aufgefangen werden kann.

-ga-

(47) Prämien

In einem ausführlichen Bericht über die ihnen mitgeteilten Informationen auf einer Chinareise berichten einige Reporter des britischen "Economist" (29.12.79).

Hier die Darstellung des Systems der Prämien, wie sie in chinesischen Betrieben gezahlt werden:

Die Prämien lassen sich in eine "Grundprämie" und eine "gewinnbezogene Prämie" unterteilen. Um Arbeitnehmer nicht zu Unrecht für betriebliches Mißmanagement oder andere Faktoren, die außerhalb ihres Einflussesbereichs liegen, zu bestrafen, gibt es die "Grundprämie". Diese wird (wie der normale Lohn) aus dem vom Staat für Produktionskosten vorgesehenen Fonds bestritten, beträgt im Durchschnitt 8,5 Yuan und wird wie der Lohn monatlich ausgezahlt.

Extraprämien werden aus Überplan-Gewinnen finanziert. Circa 10-15% dieser Gewinne werden für die "gewinnbezogene Prämie" verwendet und einmal jährlich ausgeschüttet.

8,5 Yuan Durchschnittsprämie sagen wenig über deren Spannweite aus. Wie die Reporter berichten, besteht aber oft eine Obergrenze, die in einem Sichuaner Betrieb z.B. ein halbes Monateinkommen beträgt, was in dem Fall 24 Yuan Extrazahlung im Monat bedeutet hätte.

Die Untergrenze - keine Prämie - wird auf Arbeiter angewendet, die Schäden in der Produktion hervorgerufen haben oder häufig fehlen. Diese Bestimmungen des Prämienystems zeigen natürlich Auswirkungen auf die Leistungsbereit-

schaft von Arbeitern: Krankheits- und Abwesenheitsraten fallen beträchtlich. Von einer Tianjiner Fabrik berichtet die Zeitung, daß der tägliche "Krankenstand von 1.000 Arbeitern (=20% der Belegschaft) auf 300-400 zurückgegangen sei, in einem Sichuaner Modellbetrieb von 1.000 auf 500."

Im Idealfall werden die Prämien nach einem Punktesystem berechnet, das eine breite Spanne von Leistungs- und Verhaltenskriterien enthält. In einem Chengduer Werk seien das z.B. elf, und zwar reichen sie von Quantität, Qualität, Materialverbrauch bis hin zu Familienplanung.

Nach dem gleichen System werden einmal im Jahr auch die Gewinnprämien verteilt. Viele Betriebe teilen sie jedoch nach anderen Kriterien aus, z.B. an "Modellarbeiter" oder für betriebliche Verbesserungsvorschläge.

Herausfallend aus diesem Bild ist die Tatsache, daß lt. "Economist" technische und wirtschaftliche Fachkräfte und Leiter oft nur die Grundprämie erhalten, also nicht adäquat an den Erfolgen der betrieblichen Rentabilität teilhaben. In der Provinz Guangdong sei das jedoch anders: Hier würden Betriebsleiter materiell am Erfolg und Mißerfolg beteiligt, und zwar stärker als normale Arbeiter.

Insgesamt, so wird berichtet, trügen die Prämien nicht unerheblich zur Entlohnung der Arbeiter bei. In Tianjin und Sichuan erreichten sie sogar 30% der normalen Lohnzahlungen (C.a., September 1979).

-ga-

(48) Wertgesetz als Regulator

Immer noch sei die Produktion in China Warenproduktion und das Wertgesetz spiele nach wie vor die Rolle des Regulators. Diese Aussage traf Zhao Ziyang, Politbüromitglied und Parteichef von Sichuan, auf einer Konferenz von Parteisekretären, die ökonomischen Fragen gewidmet war. Er kleidete seine Feststellung allerdings in die Form, daß es immer noch Leute gäbe, die dieses leugneten (vgl. BRU, Nr.47/1979, 27.11.79).

Wenn Zhao damit eine offizielle Interpretation der "Rolle des Wertgesetzes" geliefert hat, ist damit - verklausuliert in marxistisch bestimmter Wirtschaftsterminologie - eine Kernaussage zur Wirtschaftsreform in China gemacht worden denn das Wertgesetz "als Regulator" verweist den Einfluß des Plans bei der Regulierung der Volkswirtschaft auf den zweiten Rang. In erster Linie würde der Wirtschaftsablauf, die Allokation der Produktionsfaktoren, durch Marktbeziehungen erfolgen, die auch die Entwicklung der Volkswirtschaft bestimmen.

"Dogmengeschichtlich" hatte folgende Lesart die Diskussion bestimmt: In der Volkswirtschaft

wirksam ist "das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft, das an die Stelle des Gesetzes der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion getreten ist... Das... führt dazu, daß der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns streng begrenzt ist und das Wertgesetz in unserer Ordnung nicht die Rolle des Regulators der Produktion spielen kann" (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR). Praktisch hieße diese Aussage Zhao Ziyangs daß die Bedeutung der Planung reduziert wird, die Angebots- und Nachfrageverhältnisse einen strukturbestimmenden Einfluß erlangen könnten.

Auf derselben Tagung stach Zhao Ziyang mit einer zweiten Aussage hervor - und zwar über den Charakter des Sozialismus. In Unterscheidung zum Kapitalismus definierte er zwei Hauptmerkmale des Sozialismus: Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Bezahlung nach dem Prinzip "Jedem nach seiner Leistung".

Wenn also nur diese beiden Kriterien als unverzichtbar für den Sozialismus hingestellt werden, dann kann sich die Wirtschaftspolitik viele "Optionen" für die zukünftige Definition z.B. des Plan-Markt-Verhältnisses offenhalten. Diese Lesart von Sozialismus würde vor allem die wirtschaftlichen Aktivitäten von dem Ballast dogmatisch interpretierter Sozialismus-Bestandteile befreien.

-ga-

(49) Kernkraftwerke für Chinas Süden gefordert

Die in Peking erscheinende Guangming Ribao vom 11.12.1979 tritt für die Notwendigkeit von Kernkraftwerken im chinesischen Energieversorgungskonzept ein. Der Artikel ist von Zuo Hu geschrieben, dem stellvertretenden Chefingenieur des Nuklearelektrizitätsbüros unter dem 2. Maschinenbauministerium. Er entwickelt die Notwendigkeit, im energiearmen Süden Chinas Kernkraftwerke zu errichten, aus den Infrastrukturschwierigkeiten des Landes: Erstens könne man die nicht zur ausreichenden Verstromung benötigte Kohle aus dem Norden Chinas in den Süden transportieren; zweitens sei es auch nicht machbar, die im Westen Chinas, in Tibet, Guizhou und Sichuan produzierte Elektrizität aus Wasserkraftwerken in den Osten des Landes zu leiten. "Nach dem Abwägen des Für und Wider ist der Bau von Kernkraftwerken im energiearmen Süden die wirksamste Formel zur Umkehrung der Situation des Transports von Kohle vom Norden in den Süden." Langfristig betrachtet sei die Verstromung von Kohle auch deshalb unwirtschaftlich, weil die fossilen Rohstoffe in Zukunft stärker für die Chemieindustrie und für die moderne Landwirtschaft gebraucht würden.

"Wir haben jetzt gewisse Grundlagen für die Kernkraftindustrie und Sonderausrüstung für Kernkraftreaktoren und die Materialproduktions-

industrie. Wir haben ein Kontingent von Spezialisten auf relevanten Gebieten... Gleichzeitig sollten wir ehrlich die Lücke zwischen unserem Land und Ländern mit einer fortgeschrittenen Atomindustrie eingestehen..."

Das ganze Land muß einen Plan für die Kernkraft haben... Wir haben vorher unter dem Mangel an Planung gelitten, und dies hat zur Vergeudung geführt; wir sollten dies als Lektion begreifen. Die Kernenergieplanung sollte Teil der allgemeinen Energieplanung sein. Jahrelang konnten einige zuständige Abteilungen nicht der Frage zustimmen, ob die Kernenergie nötig ist oder nicht, und ob wir beginnen sollten, sie zu fördern. Der Hauptgrund ist, daß es keine langfristige Energieplanung, keine explizierte Energiepolitik und keine einstimmige Meinung über die Zukunft der Energie gab."

In dem Artikel wird auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, im Rahmen des Aufbaus einer eigenen Energieversorgung auf der Grundlage der Kernenergie Gemeinschaftsproduktionen mit ausländischem Kapital einzugehen.

Am Anfang hatte der Artikel die Kritik am Ausbau von Kernenergie zurückgewiesen, allerdings dadurch, daß er sich auf kritische Stimmen im Westen berief: "Es gibt von gewissen Gruppen in der westlichen Gesellschaft Opposition gegen die Kernenergie. Nach dem Unfall im Kernkraftwerk Three Mile Island in den USA vom 28. März d.J. haben einige Leute vorausgesagt, daß die Kernkraftwerke aussterben werden. Diese Voraussage kann niemals Realität werden. Es ist eine Tatsache, daß der Three-Mile-Island-Unfall keine wesentliche Einwirkung auf die öffentliche Gesundheit verursacht hat" (zit. nach SWB, 28.12.79).

-ga-

(50) Widerstand gegen Betriebsstillegungen

Im Verlauf der Plankonsolidierung ergeben sich - wie erwartet - Widerstände gegen die geforderte Stilllegung einzelner Fabriken. Die 3.ZK-Plenartagung hatte im Dezember 1978 beschlossen, daß die Schwerpunktverlagerung und Konsolidierung der Wirtschaft auch Stilllegung bestehender und Streichung projektierte Betriebe beinhalten müsse, um die zu lange Investitionsfront zu verkürzen. Frei gewordene Mittel sollten für die Förderung von Landwirtschaft und Leichtindustrie Verwendung finden.

Mit Ende des ersten Jahres der auf drei Jahre projektierten Konsolidierungsphase wird jetzt deutlich, daß diese Ressourcenverlagerung gegen beträchtlichen innerbetrieblichen Widerstand anzukämpfen hat. "Aufgrund der langsamen Entwicklung unserer Regulierungsarbeit waren wir nicht in der Lage, sichtbare wirtschaftliche Erfolge zu erzielen und haben der Produktion von Industriebetrieben ernsthafte Schwierigkei-

ten bereitet" (Changchun, Jilin-Provinzradio vom 12.12.79, zit. nach SWB, 21.12.79).

Hauptproblem sei der Widerstand der von Schließungen betroffenen Betriebe. Mit vielerlei Argumenten versuche man, eine Weiterarbeit der Betriebe zu erreichen. Zur Begründung wird hauptsächlich der vorhandene Bedarf (nach den Erzeugnissen dieser Unternehmen) ins Feld geführt. Dieser Nachfrage müsse entsprochen werden. Dagegen setzten die Exekutoren der Konsolidierung, daß die Tatsache eines vorhandenen Bedarfs nicht ausreichend sei, um die Weiterarbeit eines Betriebs zu begründen. Wenn ein Unternehmen eine niedrige Qualität bei hohen Kosten herstelle, müsse es auch geschlossen werden. Zugegeben wird, daß "es schwierig ist, für die Belegschaft Arrangements zu treffen... Die ideologische Arbeit unter ihnen wäre schwierig" (ebendort).

Aus einzelnen Provinzen werden jetzt erste Zahlen veröffentlicht:

Aus Jilin heißt es, daß 240 Betriebe geschlossen bzw. reorganisiert werden sollen. Von den 1.540 Projekten, die sich noch im Bau befinden, sollen 304 eingestellt bzw. hinausgeschoben werden. Hierin seien 93 Projekte mit einer Investitionssumme von über einer Million Yuan enthalten.

Aus Gansu wird gemeldet, daß von 1.137 Projekten (jeweils mit einer Investitionssumme von über 50.000 Yuan) 76 eingestellt oder aufgeschoben werden. Dadurch würden 380 Millionen Yuan eingespart, was einem Viertel des gesamten Investitionsbetrages der im Bau befindlichen Projekte entspricht (BRu, Nr.52/1979).

-ga-

(51) Kommunestruktur unter Beschuß

Es sei jetzt an der Zeit, die Führung einer landwirtschaftlichen Kommune von ihrer Funktion als unterster staatlicher Ebene auf dem Lande zu trennen. Durch die Verbindung beider Aufgaben, d.h. der wirtschaftlichen Leitung und der staatlichen Verwaltung, seien die materiellen Interessen und die demokratischen Rechte der Kommunemitglieder untergraben worden. Diese Ansicht vertritt Wang Fenglin in der Zeitung Guangming Ribao vom 6.11.1979.

Die Volkskommunen waren 1958 gegründet worden und stellten eines der "3 Roten Banner" neben der "Generallinie für den sozialistischen Aufbau" und dem "Großen Sprung nach vorn" dar. Damals wurde eine Zusammenlegung der bisherigen Gemeinde- (xiang-)Verwaltung mit der Volkskommune-Verwaltung durchgeführt.

Der Autor kritisiert an diesem Konzept, daß die Kommune quasi ein staatlich geführtes Unternehmen geworden sei - genossenschaftliches Eigentum

also faktisch enteignet worden sei. Dementsprechend sei das Kommuneeigentum anderen staatlichen Betrieben (entschädigungslos für die betroffenen Genossenschaftsmitglieder) übertragen worden. Der Staat als quasi Teileigentümer hätte beliebig Arbeitskräfte, Materialien und finanzielle Ressourcen an andere Einheiten gegeben.

Die Verbindung von staatlicher und Kommune-Verwaltung hätte für die Leitung dieser Agrar-einheit viele Nachteile mit sich gebracht. Die Kommuneleitung sei bürokratisiert worden und hätte sich nur auf Verwaltungsanordnungen gestützt; die Kommuneleiter seien wie staatliche Angestellte vom Staat bezahlt worden und deshalb nicht am wirtschaftlichen Erfolg der Kommune interessiert (zit. nach SWB, 17.11.79).

Dieser Aufsatz nimmt die Kritik an der Organisationsform "Volkskommune" wieder auf, die vor allem zu Beginn des Jahres 1979 ein beträchtliches Ausmaß in China angenommen hatte. Neben dem hier aufgeworfenen Problem der Doppelfunktion der Kommune als staatlicher und wirtschaftlicher Einheit hatte sich derzeit die Diskussion über die institutionelle Form des Volkskommunekonzepts auf die Festschreibung der Produktionsgruppe als unterster Rechnungseinheit konzentriert. Dies ist allerdings inzwischen anerkannte Linie im chinesischen Agrarsystem.

Der hier wiedergegebene Artikel aus der GMRB greift darüber hinaus ein zweites Argument aus dieser Diskussion auf, nämlich das der Eigentums-garantie für das genossenschaftlich verfaßte Eigentum auf dem Lande. Auch hier ist es inzwischen beschlossene Politik, daß die Dienstverpflichtung von Arbeitskräften und die Inanspruchnahme von Finanzen und Materialien der Kommunebauern nur gegen Bezahlung statthaft ist. Der Autor erweitert jetzt diese Forderung auch auf die Volkskommune selbst (als der obersten Ebene des dreigliedrigen Agrargenossenschaftssystems), wenn er kritisiert, daß der Staat über kommune-eigene Ressourcen verfügt hätte.

Die beiden im Jahre 1979 verabschiedeten Agrardokumente, die "60 Punkte" und der "Beschluß über die beschleunigte Entwicklung der Landwirtschaft" enthalten noch nichts über diese Frage der Kommunestruktur. Praktische Konsequenz solch eines Schrittes der Separierung von staatlicher und wirtschaftlicher Verwaltung auf dem Lande wäre sicherlich eine größere Eigenständigkeit der Volkskommune in bezug auf Verfolgung der eigenen ökonomischen Interessen und der Beendigung unentgeltlicher staatlicher Projektierungsarbeit. Beides dürfte sich in steigenden Einkommensziffern für die Kommune niederschlagen - und das ist wohl auch intendiert.

Die Diskussion Anfang 1979 hatte sogar dazu geführt, daß in einzelnen Landesteilen die untersten Volkskommune-Ebenen, nämlich die Pro-

duktionsgruppen, noch weiter in Arbeitsgruppen - oft familienbezogen - zerfallen waren. Dem trete "Der Beschluß über die beschleunigte Entwicklung ausdrücklich entgegen. Weiter als die Produktionsgruppe sollte nicht aufgegliedert werden. Neu belebt wurde diese Auseinandersetzung jedoch auch an diesem Punkt: In Gesprächen mit Reportern der britischen Zeitschrift "Economist" brachte der Partei-Provinzchef von Sichuan, Zhao Ziyang, den Vorschlag ein, die Produktionsgruppen stärker zu betonen und auch Organe der Zusammenarbeit von Produktionsgruppen über Kommunegrenzen hinweg zu schaffen, also die Mitgliedschaft einer Produktionsgruppe in mehreren Kommune- bzw. Genossenschaftsverbänden zu ermöglichen. Denkbar sei auch eine Unterteilung der Produktionsgruppe in Arbeitsgruppen von einigen Dutzend Leuten, um "die Initiative voll ins Spiel bringen zu können". Trotz Kritik an diesem Konzept der Aufteilung von Produktionsgruppen in Arbeitsgruppen in anderen Landesteilen Anfang 1979 wolle Zhao diesen Schritt riskieren. So könnten Familienquoten für bestimmte Aufgaben festgesetzt werden, wie z.B. die Zucht von Seidenraupen, von Schweinen und Fischen. Dies allerdings unter der Bedingung, daß die Tiere Gruppeneigentum bleiben. "Auf diese Weise ließen sich private und kollektive Interessen verbinden." Mit dem System der "festgelegten Rate für eine festgelegte Arbeit" ließe sich das bäuerliche Interesse gut mobilisieren. Im gleichen Zusammenhang gestand Zhao ein, daß die Privatparzellen der Bauern produktiver als die kollektive Landbestellung seien, und daß das Einkommen hieraus circa ein Drittel des Bargeldverdienstes einer Familie ausmache. Eventuell sei an eine Ausdehnung der Privatparzellen auf 7-10% der Anbaufläche der Kommunen zu denken. Das könne nötig werden, wenn jedes Kommunemitglied 1/10 Mu erhielt, die ihm zuständen; denn seit 1961 seien in Sichuan keine neuen Parzellen verteilt worden und ihre Größe ab 1965 eingefroren worden. Aber diese Ausdehnung dürfe nicht unbegrenzt sein (The Economist, 29.12.79 und RMRB, 15.12.79).

-ga-

(52) Landwirtschaftliche Kombinate

Seit Anfang 1979 werden in China Staatsgüter zu Landwirtschafts-, Industrie- und Handelskombinaten zusammengelegt. Der Hauptgrund für diese oft in Großstadtnähe gelegenen Kombinate ist die Sicherstellung der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, vor allem mit Getreide.

Diese Kombinate, von denen bisher 38 zusammengelegt wurden, planen eine schrittweise Spezialisierung ihrer Produktion. Durch ein verbreitertes Betätigungsfeld soll ein rationaler Arbeitseinsatz und Vollbeschäftigung erreicht werden (BRu, Nr.48/1979).

Im Gegensatz zur primär genossenschaftlich organisierten chinesischen Landwirtschaft sind

die Staatsgüter "Eigentum des ganzen Volkes"; die Landarbeiter erhalten hier staatliche Löhne.

In den "Parteibeschlüssen zur Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung" war diese Organisationsform schon hervorgehoben worden. Dort heißt es in Abschnitt III/4: "Die staatlichen Agrarinvestitionen müssen die Errichtung einer Anzahl von Basen für Marktgetreide, Industripflanzen, Viehzucht, Fischerei und Forstwirtschaft hervorheben. Diese Basen können bestehende, staatlich geführte landwirtschaftliche Betriebe sein, die ausgeweitet werden, oder neue Staatsgüter... oder zusammengelegte Volkskommunen... Mit solchen Basen werden Marktgetreide, Baumwolle, öltragende Früchte und Zucker..., die der Staat benötigt, verlässlicher sichergestellt" (XNA, 5.10.79, zit. nach SWB, 10.10.79).

-ga-

(53) Straffung der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie

Nach Feststellung einer nationalen Konferenz für Landwirtschaftsmaschinen in Peking gibt es in China nicht genügend Schlüsselbetriebe, und viele kleine Betriebe stellen die gleiche Art von Produkten her. Die Konferenz beschloß daher, die Zahl der Großbetriebe, die Maschinen für die Viehzucht herstellen, von 12 auf 27 und Erntemaschinen-Werke von 15 auf 17 zu erhöhen; gleichzeitig sollen die Traktorenwerke von 65 auf 35 reduziert werden.

In China gibt es auf zentraler und dezentraler Ebene insgesamt fast 2.000 Fabriken und Werkstätten zur Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen; hinzu kommen 2.400 Reparatur- und Produktionsbetriebe auf Bezirksebene. Dabei handelt es sich oft um kleine und unrationell arbeitende Betriebe. Die Konferenz beschloß daher, diese Fertigungsstätten zu renovieren und besser auszurüsten, so daß eine Spezialisierung und Koordinierung der Produktion erreicht werden kann (XNA, 28.11.79).

Besonders in der Erhöhung der Anzahl der Maschinen für die Viehzucht zeigt sich eine seit längerem diskutierte Verlegung des landwirtschaftlichen Schwerpunkts, nicht mehr alle Kräfte auf den Getreidebau zu konzentrieren (vgl. dazu C.a., September 79, 0.48).

-ga-

(54) "Statistik muß wahr und verlässlich sein"

"Die Statistik muß eine Wahrheit sein, die auf Tatsachen beruht, Tatsachen widerspiegelt, wie sie wirklich sind, und sie darf nicht verfälscht sein." Diese Aufforderung enthält ein Artikel der Pekingener Volkszeitung vom

7.12.1979. "Wenn wir Pragmatismus praktizieren und statistische Berichte anfordern, die einfach deshalb Tatsachen ignorieren, um politischen Bedürfnissen zu genügen...", dann sei das ganz falsch.

"Einige Leute sind an Statistiken interessiert, aber ihr Interesse ist darauf gerichtet, ob die Statistik ihrem 'Geschmack' entspricht."

Um den Planvorgaben gerecht zu werden, hätten einige Einheiten Ausschußprodukte ihrer Produktionsmenge bzw. ihrem Output-Wert zugerechnet und falsche Angaben über ihre Lagerhaltung gemacht. Um auch berichten zu können, daß "die Situation ausgezeichnet" sei, meldeten sie unter dem Druck der Planerfüllung und -übererfüllung höhere als tatsächlich erreichte Outputmengen bzw. geringere Inputgrößen. Zwar sei in den vergangenen Jahren die statistische Arbeit einer Revision unterzogen und verbessert worden, "aber der Fortschritt ist nicht schnell gewesen".

Gegenwärtig, so berichtet der Artikel, betrage die Zahl der Statistiker in den Spezialabteilungen und Einzelbetrieben circa die Hälfte der Zahl von vor der Kulturrevolution, obwohl sich die Zahl der Betriebe von 160.000 vor der Kulturrevolution auf 350.000 zum jetzigen Zeitpunkt erhöht hat (RMRB, 7.12.79, zit. nach SWB, 18.12.79).

Anfang Dezember hatten sich sechs leitende Statistiker aus der Volksrepublik China in der Bundesrepublik aufgehalten. Sie besuchten u.a. das Statistische Bundesamt in Wiesbaden, um sich über ausgewählte statistische Fachfragen zu informieren. Besonderes Interesse brachten die chinesischen Statistiker den Fragen der Preisstatistik der Landwirtschafts- und der Industriestatistiken, der Beschäftigungsstatistik und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entgegen.

-ga-

(55) Vermögen in der Volksrepublik vererbbar

Zwei Töchter des früheren Tianjiner Bankiers Cai Shutan haben kürzlich Vermögenswerte ihrer Eltern, darunter Bankguthaben, in Höhe von insgesamt 370.000 Yuan geerbt. Nach 1949 waren Cais Bank und die Unternehmen, in die er investiert hatte, gemischte staatlich-private Betriebe geworden. In Übereinstimmung mit der damaligen Politik der KP war er schrittweise ausgekauft worden und hatte als Entschädigung eine feste Verzinsung seines Vermögens erhalten. Während der Kulturrevolution wurden jedoch große Teile seines Guthabens eingefroren und sein Eigentum konfisziert. Jetzt, nach Zerschlagung der "Viererbande", wurde ihm sein Vermögen zurückerstattet.

Insgesamt haben mehr als fünfzig Familien in

Tianjin das Vermögen ihrer Eltern geerbt. Die Beträge dieser Erbschaften bewegen sich zwischen einigen Tausend und einigen Hunderttausend Yuan (XNA, 16.12.79).

-ga-

(56) Endlose Versammlungen für Betriebsleiter

Auf einer Zusammenkunft von Fabrikleitern in Zhuzhou in der Provinz Hunan kritisierte einer der anwesenden Werksleiter die Gepflogenheit leitender Ebenen, ihre Arbeit durch eine Vielzahl von Konferenzen durchzusetzen. Es sei unrealistisch, so kritisierte er, von den Betriebsleitern zu verlangen, daß sie zwei Drittel ihrer Energie auf die Entwicklung der Produktion verwendeten, da es so viele "Schwiegermütter über ihnen" gebe, die ihre Arbeit behinderten. "Wir drei, der Leiter und die beiden stellvertretenden Leiter, sind so beschäftigt, daß wir kaum zu allen Versammlungen gehen können. In diesem Jahr nahm ich vom 1. bis zum 21. August zehn Tage lang an einer Versammlung an einem anderen Ort teil. Nach meiner Rückkehr war ich sehr beschäftigt. Ich war kaum damit fertig, die Anweisungen dieser Versammlung zu überarbeiten, als ich zu einer anderen Versammlung gehen mußte. Unsere Fabrik ist klein. Das Provinz- und das Stadtüberwachungsbüro, Organe des städtischen KP-Komitees, Unternehmen, Kreise und Nachbarschaften - das sind alles unsere führenden Organe. Sie alle verlangen, daß wir an Versammlungen teilnehmen und Berichte an sie abliefern. Oft verlangen sie direkt, daß diejenigen Genossen, die die Fabrik leiten, daran teilnehmen müssen. Inspektionen sind auch verheerend für uns. An einem Tag inspiziert ein Bürochef die Wartung unserer Ausrüstungen, am nächsten Tag inspiziert der Leiter eines anderen Büros die Reparaturen des Unternehmens, und der Chef von wiederum einem anderen Büro kommt am folgenden Tag, um die Produktionssicherheit zu kontrollieren. Andere Abteilungen kommen auch, um unsere Hygienearbeit, das Miliztraining und die Volks-Luftverteidigungsarbeit zu kontrollieren. Wir müssen diejenigen unserer Besucher begleiten, die unsere Leiter sind. Dies ist mehr, als wir wirklich tun können. Das Resultat ist, daß es schwierig für uns ist, unsere Energien auf die wirkliche Produktionsarbeit zu konzentrieren."

-ga-

HONGKONG

(57) Strenge Maßnahmen gegen Flucht nach Hongkong

Am 5. Dez. 1979 haben die Behörden der Provinz Guangdong Bestimmungen gegen die illegale Auswanderung oder Flucht nach Hongkong und Macao